



Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER  
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22  
1040 WIEN  
T 01 501 65  
www.arbeiterkammer.at  
DVR 1048384

[tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

|             |               |               |                                     |            |
|-------------|---------------|---------------|-------------------------------------|------------|
| Ihr Zeichen | Unser Zeichen | Bearbeiter/in | Tel <b>501 65</b> Fax <b>501 65</b> | Datum      |
| -           | WP-GSt-Th/Ni  | Josef Thoman  | DW 2263 DW 42263                    | 06.11.2013 |

Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert werden (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2014, GSNE-VO 2013 – Novelle 2014) – Stellungnahme

Die Bundesarbeitskammer (BAK) nimmt zur oa Verordnung wie folgt Stellung:

#### **Zum Regelungsinhalt der Novelle der GSNE-VO 2013**

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2014 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der Gas-Verteilernetze in Österreich (§ 72 GWG 2011). Das Systemnutzungsentgelt besteht aus dem Netznutzungsentgelt, dem Netzzutrittsentgelt, dem Netzbereitstellungsentgelt, dem Entgelt für Messleistungen sowie dem Entgelt für sonstige Leistungen. Eine über diese Entgelte hinausgehende Verrechnung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Netzbetrieb ist grundsätzlich unzulässig. Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren durch die Energie-Control-Austria (ECA) gemäß §§ 79 ff GWG 2011, das durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurde (§ 69 Abs 1 GWG 2011). Weiters bestimmt diese Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Abs 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereiches und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.

#### **Im Hinblick auf die Netzebene 3 (Haushalte) sind für die BAK folgende Punkte relevant:**

- Die BAK ersucht um genauere Erläuterungen für die Steigerung der Netznutzungsentgelte insbesondere für die Netzbereiche Oberösterreich, Steiermark und Tirol.
- Weiters tritt die BAK für eine verursachungsgerechtere Verteilung der höheren Investitionskosten der Südschiene aufgrund fehlender Abnahmemengen großer Abnehmer ein.

- Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Tagesleistungspreises ersucht die BAK um nähere Erläuterung, wie viele und welche Gas-VerbraucherInnen diesen neuen Tarif in Anspruch nehmen könnten.
- Dezidiert abgelehnt wird eine Erhöhung der Höchstpreise für intelligente Messgeräte im Gasbereich.

Zu den Änderungen im Detail:

### **Zu § 10 Abs 6 und 6a – Neueinführung eines Tagesleistungspreises für die Netzebene 2**

Die Regulierungskommission greift die neue Möglichkeit des § 73 Abs 1 und 3 GWG 2011 – Novelle 2013 auf, wonach zur Ermittlung der Basis für die Verrechnung des leistungsbezogenen Anteils des Netznutzungsentgeltes auch die täglich gemessene höchste stündliche Leistung herangezogen werden kann. Damit will sie einen zusätzlichen Anreiz für GasverbraucherInnen – mit einer vertraglich vereinbarten Höchstleistung von mehr als 400.000 kWh/h – schaffen, auch kurzfristig Gas zu beziehen. Derzeit kommt schon bei einmaligem Einsatz der gesamte Monatsleistungspreis zur Anwendung. Grundsätzlich begrüßt die BAK Anreize, um die Absatzmenge auf dem bestehenden Gasnetz und damit auch den Beitrag zur Netzfinanzierung zu erhöhen. Aufgrund der derzeitigen Marktlage reduzieren vor allem Gaskraftwerke ihre Produktion und damit den Bezug von Gas über das Netz. Die hohen Kosten des bestehenden Gasnetzes müssen von den übrigen Gas-NetznutzerInnen getragen werden – das wirkt sich auch kostenerhöhend für die Gas-Haushalte aus. Positiv ist daher auch die Festlegung eines spezifisch höheren Entgeltes für die Tagesleistung, da die hohen Kosten des Netzausbaus auch durch die hohen Leistungsspitzen verursacht werden. Im Zusammenhang mit dem Tagesleistungspreis ersucht die BAK im Regulierungsbeirat zu erläutern, ob bereits Erwartungen vorliegen, wie viele und welche GasverbraucherInnen den neuen Tarif in Anspruch nehmen könnten. Weiters ersucht die BAK auch zu erläutern, wie sich dieser Tarif auf die Netzebene 3 (Haushalte) auswirkt. Die in den erläuternden Bemerkungen angeführte Evaluierung dieser Regelung wird ausdrücklich begrüßt, ergänzend regt die BAK an, auch zu überprüfen, ob die gewünschte Lenkungswirkung eingetreten ist und gegebenenfalls auch Änderungen vorzuschlagen.

### **Zu § 10 Abs 8 – Änderung der Netznutzungsentgelte**

Auf der Netzebene 3 steigen die Netznutzungsentgelte für die Haushalte im Vergleich zum Jahr 2013 in allen Bundesländern. Bei einem durchschnittlichen Haushaltsverbrauch von 15.000 kWh stellen sich die Änderungen wie folgt dar:

|                   |          |
|-------------------|----------|
| Vorarlberg:       | + 11,04% |
| Niederösterreich: | + 7,21%  |
| Oberösterreich:   | + 6,06%  |
| Steiermark:       | + 5,49%  |
| Tirol:            | + 3,66%  |
| Burgenland:       | + 2,76%  |
| Salzburg:         | + 0,72%  |

Wien: + 0,48%  
Kärnten: + 0,43%

Die geringfügigste Änderung der Netznutzungsentgelte ergibt sich in den Netzbereichen Kärnten, Salzburg und Wien. Starke Anhebungen sind hingegen in den Netzgebieten Steiermark und Niederösterreich vorgesehen. Die BAK möchte darauf hinweisen, dass die Tarifierhöhung im Netzbereich Steiermark innerhalb der Zonen der Netzebene 3 ungleich erfolgt ist: Gegenüber den derzeit gültigen Tarifen (GSNE-VO 2013) sind Steigerungen in den Zonen 1 und 2 (konsumentInnenrelevante Verbrauchszonen) um +6,17%, vorgesehen. In der Zone 3 (Verbräuche von 80.001 kWh/Jahr bis 200.000 kWh/Jahr) ist lediglich ein Steigerungsprozentsatz von 2,0% vorgesehen. Dies bedeutet, dass NutzerInnen des Gasverteilnetzes der Netzebene 3, die vorrangig aus dem gewerblichen Bereich kommen, nur mit weniger als einem Drittel an Erhöhungsbelastung konfrontiert werden sollen, als dies bei HaushaltskundInnen der Fall ist. Diese ungleiche Kostenverteilung innerhalb der Netzebene 3, die zu einer signifikant höheren Belastung der privaten Haushalte führt, wird abgelehnt. Die BAK ersucht die Prüfung einer fairen Kostenverteilung.

Wie aus den Erläuterungen zu entnehmen ist, begründet sich die starke Anhebung in der Steiermark und in Niederösterreich durch die Investitionen in die Südschiene. Dazu möchte die BAK folgendes anmerken: Die Investitionen des im Wesentlichen 2011 erfolgten Bauvorhabens zur Verstärkung des innerösterreichischen Gasleitungssystems begründeten sich in der Hauptsache dadurch, dass das neue Gas- und Dampfturbinenkraftwerk (GUD) Mellach erhebliche zusätzliche Gasmengen benötigte, die aus dem bestehenden Trans Austria Gasleitungssystem (TAG) aus vertragsrechtlichen Gründen nicht bereitgestellt werden konnten. Durch die allgemein bekannten Probleme für thermische Kraftwerksanlagen (massiv gesunkenen Strompreise und hohe Gaseinstandspreisen über alte Langfristverträge) sind diese in einer wirtschaftlich schwierigen Situation und weisen daher oft nur wenige Betriebsstunden auf. Basierend auf den Schätzungen der Arbeiterkammer Steiermark, geht die BAK davon aus, dass die Kapazitätssteigerung der steirischen Gasversorgung um 2/3 auf rund 2 Mrd Kubikmeter pro Jahr, ausschließlich dadurch initiiert wurde, dass die Verbund VTP aus dem Hochdrucknetz der Netzebene 1 rund 1 Mrd Kubikmeter pro Jahr für den Kraftwerksbetrieb Mellach kontrahierte. Die Investition der Gasnetz Steiermark GmbH in das Projekt Südschiene wurde unter anderem durch einen Großabnehmer auf der obersten Netzebene initiiert. Nach Ansicht der BAK entspricht es nicht dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit, wenn dieser Refinanzierungsausfall über die Erhöhungen der Tarife auf der untersten Druckstufe (NE3) durch eine Tarifierhöhung bei den MassenkundInnen eingebracht wird. Nachdem die Kraftwerksanlage bei Herstellkosten von rund € 540 Mio buchhalterisch bereits um mindestens € 400 Mio wertberichtigt wurde, wären die Ausbaukosten der Südschiene von rund € 90 Mio aus unserer Sicht ebenfalls wertüberichtigen oder auf der Netzebene 1 zu refinanzieren. Die BAK lehnt eine Kostenwälzung auf die Netzebene 3, die zu weiteren Kostenbelastungen der Gas-HaushaltskundInnen führt und auch in Zukunft noch führen wird, ab.

Der Anstieg im Netzbereich Oberösterreich um 6,06% wird mit der erstmaligen Anpassung des Regulierungskontos erläutert. Die BAK ersucht im Rahmen des Regulierungsbeirates,

den doch relativ hohen Anpassungsbedarf zu begründen. Die Erhöhung der Entgelte in Vorarlberg und Tirol wird durch die Änderung des Marktmodells erläutert. Vorarlberg weist auf der Netzebene 3 mit 11,04% die höchste Steigerung auf, absolut weist aber der Netzbereich Vorarlberg immer noch die günstigsten Netznutzungsentgelte auf. In Tirol ist hingegen auffällig, dass auf der Netzebene 3 die Netznutzungsentgelte um 3,66% erhöht wurden, auf der vorgelagerten Netzebene 2 jedoch um 1,98% gesenkt (für den Standardabnahmefall 90.000 kWh/7.000 Stunden). Die BAK ersucht im Regulierungsbeirat um Erläuterung der Kostenüberwälzung.

Im Netzbereich Wien werden die Netznutzungsentgelte auf der Netzebene 3 nur gering mit 0,48% erhöht, auf der Netzebene 2 hingegen um 39,02%. Diese starke Erhöhung resultiert aus dem Anstieg der unbeeinflussbaren Kosten im Zusammenhang mit der Voll liberalisierung des Erdgasmarktes. Die Kostenerhöhung wird damit fast ausschließlich von der Netzebene 2 getragen. Die BAK sieht die geringe Erhöhung für auf Netzebene 3 (Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen) positiv. Es ist darauf zu achten, dass die Erhöhung der Netznutzungsentgelte der Netzebene 2 (Kraftwerke) nicht auf die Fernwärme-KundInnen abgewälzt wird.

#### **Zu § 15 – Entgelt für Messleistungen**

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben ist auch bei Gasanschlüssen eine Umstellung auf intelligente Messgeräte vorgesehen. Im Zuge der Diskussion dieses Vorgangs wurde mehrfach von Vertretern der Regulierungsbehörde darauf hingewiesen, dass dieser Umstieg für EndkundInnen ohne Mehrkosten erfolgen wird. Dies sollte sowohl das Messentgelt als auch den Umbau betreffen. Nach Ansicht der BAK stellt sich dies im gegenständlichen Entwurf anders dar:

Die Ergänzungen im § 15 Abs 6 Z 1 legen für intelligente Messgeräte ein höheres Messentgelt fest als für die derzeit hauptsächlich im Einsatz befindlichen Balgengaszähler. Für diese ist ein höchst zulässiges Messentgelt je angefangenen Monat von 1,35 Euro festgelegt. Bei intelligenten Messgeräten soll dieses nun 1,95 betragen dürfen, liegt also um 44% höher. Das sind 7,2 Euro Mehrkosten je Jahr und Zähler. Bei der Annahme von 1,28 Mio Zählpunkten in österreichischen Gas-Haushalten würden sich (Quelle: PwC-Studie zur Analyse der Kosten-Nutzen einer österreichischen Einführung von Smart Metering) somit pro Jahr Mehrkosten in Höhe von 9,2 Mio Euro ergeben. Auch für Drehkolbengaszähler (§ 15 Abs 6 Z 2), die als intelligente Messgeräte verwendet werden, soll ein um 2 € höheres Entgelt verrechnet werden. Die BAK lehnt beide Erhöhungen ab.

Mit freundlichen Grüßen

Rudi Kaske  
Präsident  
F.d.R.d.A.

Günther Chaloupek  
iV des Direktors  
F.d.R.d.A.